

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Bensa, Vorsdorf, Eich, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfensteinberg, Klinge, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Stadtrates zu Naunhof.

Er erscheint wöchentlich 3 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr für den folgenden Tag. Bezugspreis: Monatl. Mk. 1,50.— ohne Austragen, Postzusatz der Postgeb. monatl. freibl. Mk. 2,00.— Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreise: Die 6 gelb. Zeilen 100.— Mk., auswärts 125.— Mk. Anm. Teil Mk. 200.—, Anklamzeile Mk. 250.—, Beilagegeb. Nummer Mk. 3000.—, Schwierig. Geh 50%, Aufschlag. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vormitt. des Erscheinungstages, spätere noch früher. — Alle Anzeigen-Vermittlungen nehmen Aufträge entgegen. — Bestellungen werden von den Ausrägern oder in der Geschäftsstelle angenommen.

Verantwortl. Uml. Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Güntz & Sule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 30

Mittwoch den 14. März 1923

34. Jahrgang

Amthliches.

Stadtgemeinderatsitzung

Donnerstag, den 15. März 1923, abends 7 Uhr.
Tagesordnung befindet sich im Rathaus am Brett.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- In Buer wurden zwei französische Offiziere aufschneidend von französischen Soldaten ermordet. Die gegen die Revolverung gerichteten Gegenmaßnahmen forderten bereits drei Todesopfer.
- In Dortmund wurde bei einem Zusammenstoß mit französischem Militär ein Arbeiter erschossen.
- Ein englisches Blatt veröffentlicht das Programm der Forderungen, die von französischer Seite angeblich als Vorbedingung für Verhandlungen mit Deutschland erhoben werden sollen.
- Im Haushaltsausschuss des Reichstages wurde festgestellt, daß der Vorkriegsstand fast zurückgegangen ist.
- Die Demobilisierungsvorschriften sollen bis zum 31. Oktober 1923 verlängert werden.

Noch keine Brücke.

Es ist jetzt doch unverkennbar, daß die Erdrerung über die Möglichkeit und Notwendigkeit von Verhandlungen zur Lösung des deutsch-französischen Ruhrkonflikts in Gang zu kommen beginnt. In der ganzen Welt ist man der Auffassung, daß der Stand der Schlacht bei der unerwarteten Stärke des deutschen Widerstandes den von den Franzosen zwar noch immer als sicher verkündeten Sieg Poincarés als absolut ausgeglichen erscheinen läßt, und man erinnert deshalb in der Weltpresse in helgendem Maße den französischen Vizepräsidenten daran, daß er erklärt hat, „produktive Pländer“ nehmen zu wollen, jetzt aber nichts als einen der brutalsten und frechsten Raub- und Eroberungszüge, die die Geschichte aller Zeiten kennt, mit den Mitteln einer verlorenen Absozialtanz zu verteidigen sucht.

Aber auch auf Seiten der beiden zunächstbeteiligten, also Deutschland und Frankreich, bespricht man die Lage in einer Weise, die ersehen läßt, daß man die Eventualität von „Friedensverhandlungen“ nicht mehr als außerhalb des Bereichs des Möglichen liegend erachtet. Aber es muß dabei mit allem Nachdruck betont werden, daß wir dabei nur auf der Linie bleiben, die wir von Anfang an verfolgt haben, während die neuere Nachgiebigkeit Frankreichs in schroffem Gegensatz zu der Haltung steht, die es bei Beginn des „Ausflugs“ an die Ruhr zur Schau bringt. Auch muß man wohl im Auge behalten, daß schließlich die jetzigen „Vorbesprechungen“ noch längst keine Vorverhandlungen sind, zu denen im Gegenteil der Weg noch ziemlich lang sein dürfte. Immerhin sei die Tatsache verzeichnet, daß ein Blatt wie die „Daily Mail“, bisher immer eines der wütendsten Parteigänger Poincarés, heute mit folgendem Beitrag schreibt, man werde Deutschland „milde Bedingungen“ auferlegen. Wenn man seiner Sache sicher wäre, würde gerade die „Daily Mail“ die letzte sein, die so spräche; denn sonst war vor allem in ihren Spalten das A und O aller Betrachtungen, daß man von Deutschland jetzt all das erpressen müsse, was in Versailles nicht zu erreichen war.

Aber auch die offiziellen Stimmen, die mit den Pariser Nachrichten durch die und dünn marschieren, bewegen sich in gleicher Richtung wie die „Daily Mail“. Sie sagen verständlich, daß Frankreich aus dem Ruhrgebiet ohne weiteres herausgehen, könne man natürlich von ihm nicht gleich verlangen, aber sie sind plötzlich geneigt, das Saargebiet an Deutschland schon jetzt und ohne Volksabstimmung zurückzugeben und schlagen als Sicherung „nur“ die Neutralisierung der Rheinlande unter einer internationalen Kontrollkommission vor. Nichts mehr von einem autonomen Rheinland, nichts mehr vom Rhein, der Frankreichs Strom, nicht Frankreichs Grenze sein müsse. Kurz, für französische Verhältnisse in der Tat die „milden“ Bedingungen, von denen die „Daily Mail“ spricht.

Die Sache hat nur den kleinen Haken, daß die deutsche Verhandlungsbasis ganz anders aussieht. Der Reichsfinanzminister Dr. Herms hat soeben auf einer Zentrumsversammlung in Hagen Klipp und klar gesagt, daß erst die Franzosen das Ruhr- wie das Reparationsproblem völlig frei von allen politischen, d. h. militär- und machtpolitischen Erwägungen betrachten lernen müßten, ehe man sich an den Verhandlungstisch setzen könne, und der Reichsfinanzminister Oeser zog zu gleicher Zeit in Hamburg aus der Lage den Schluß, daß Frankreich sich in seiner Hoffnung, Deutschland zur Kapitulation zwingen zu können, durch aus täuschen werde. Dasten wir noch dazu, daß Dr. Stresemann, dessen Beziehungen zum Reichskanzler Cuno bekannt sind und der ferner über die Stimmung in den verschiedenen Parteien aufs beste orientiert ist, ebenfalls am Sonntag in Frankfurt a. M. in öffentlicher Versammlung mitteilte, daß das Kabinett Cuno außerpolitisch ungewisselhaftes Ansehen besitze, in der politisch letzten denn je Rede, und fügt wir noch hinzu,

daß auch die Stellung der Regierung Cuno zum Ruhrproblem un verändert zielbewußt und gradlinig auf dem einmal als recht und richtig erkannten Wege verharret, dann haben wir die besten Mittel an der Hand, um zu wissen, daß die Sache Deutschlands in sicherer Hand ruht.

Das deutsche Volk sieht nicht um Ruhm und Ansehen, sondern um sein Leben und seine Zukunft. Wir nehmen auch an den jetzigen „Vorbesprechungen“ nur als Zuschauer teil, die mit ihrer Meinung nicht zurückhalten werden, sobald man sie fragt. Im Augenblick zeigt sich noch keine Brücke zu wirklich ernsthaften Verhandlungen, aber es ist, wie man sieht, ja auch zuweilen nicht ganz uninteressant, Einblicke in die Stimmung der anderen zu tun. St.

Über den Verhandlungsgedanken.

In einer Rede in Barmen erklärte der preussische Minister des Innern Seevering: Deutschland habe keinen innigeren Wunsch, als daß beide Regierungen zusammenkämen, das sei aber die Tragik, daß der eine hier und der andere da rede. Der Wunderglaube, daß die Franzosen über Nacht aus dem Ruhrgebiet abmarschieren würden und die Forderung, der deutsche Reichskanzler dürfe nicht eher verhandeln, als bis das Ruhrgebiet geräumt worden sei, sei dumm, aber wer dastieren will, wird den Widerstand der Arbeiter finden. Unser Kampfziel ist, solange zu kämpfen, bis die Vernunft auf der anderen Seite erwacht.

Die angeblichen gegnerischen „Bedingungen“.

Nach der „Daily Mail“ verlangt Frankreich als Vorbedingung für Verhandlungen von uns die Anerkennung, daß die Regelung des Ruhrgebietes eine rechtmäßige, durch Artikel 18 des Friedensvertrages gedeckte Handlung gewesen sei. Zweitens dürfe Deutschland nicht verlangen, daß die 15jährige Frist der Rheinlandsbefreiung schon zu laufen begonnen habe. Ferner müsse Deutschland die dauernde Aufrechterhaltung einer internationalen Kontrolle der Rheinlanden des Rheinlandes und des Ruhrgebietes als Gegenleistung annehmen, die Entmilitarisierung des Rheinlandes unterstützen und die Zustimmung dazu erteilen, daß die Verwaltung des Ruhrgebietes an die des Rheinlandes angegliedert werde. Zu diesem Gebiet soll dann noch das Saargebiet hinzukommen, und zwar ohne Volksabstimmung. Als Gegenleistung hierfür würden Frankreich und Belgien mit Deutschland über ein Moratorium und eine Verminderung der Reparationssumme verhandeln. Deutschland würde in diesem Falle jährlich 2½ Milliarden Goldmark auf die Dauer von 30 bis 35 Jahren zu bezahlen haben. — Es bedarf keines Wortes, um diese Forderungen als unmöglich zu kennzeichnen.

An das deutsche Volk!

Ein Aufruf aus dem Ruhrgebiet.

Eine Reihe von Körperschaften, Vereinen und Verbänden, darunter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, der Deutsche Gewerkschaftsbund, die großen Arbeitgeberverbände und die wirtschaftlichen Organisationen des Ruhrgebietes, erlassen einen Aufruf, in welchem es heißt:

Alle Morde und alle Gewalt an deutschem Gut und Blut haben nur vermocht, unsern Widerstand zu verstärken. Die Stimmung im feindlichen Lager ist deshalb nicht hoffnungslos. Weil brutale Maßnahmen bisher versagt haben, schlägt die französische Regierung noch einen andern Weg ein, um die bisher unerlöschte Ruhrfront zu durchbrechen:

Zu den rohesten Gewalttaten sind raffinierte Lockungen, die politisch gefährlichsten Mittel, getreten. Durch eine ungeheure Lügenpropaganda, durch eine wachsende Flut von verlogenen Flugblättern, sucht man die deutsche Kraft an der Front und in der Heimat zu verwirren, zu lähmen und zu unterwühlen. Zu den Worten an harmlosen Arbeitern, unschuldigen Kindern und pflichttreuen Beamten tritt noch der Werd an den Seelen. Glaubet nicht den Einschüchterungen von einem Rachlassen unserer Widerstandskraft. Macht die Rechnung der Franzosen auf unsern Erzfeind — die deutsche Uneinigkeit — zu schanden. Seht entschlossen, auszuhalten, kann die Front nur dann halten, wenn die Heimat unvergast und einmütig hinter ihr steht. Bildet hinter uns eine geschlossene Front, auf die wir uns stützen können.

Der blutige Tag in Buer.

Zwei Franzosen, drei Deutsche getötet. In der Stadt Buer wurden in der Nacht vom 10. zum 11. März zwei französische Offiziere ermordet. Nach einer Meldung soll der Mord von zwei Belgieren begangen worden sein, die mit den Offizieren in Streit geraten waren. Später ist offiziell festgestellt worden, daß als Täter zwei französische Soldaten in Frage kommen, die gleich nach der Tat entflohen sind.

Unbarmherzige Rache.

Obwohl die Untersuchung über diesen Mord noch kein Ergebnis hatte, schoben die Franzosen die Schuld daran blindlings den Deutschen zu. So sagte Poincaré in einer Rede: Sie können sicher sein, daß dieses verdammenwertige Attentat bestraft werden wird und daß die Opfer gerächt werden. Die Pariser Presse äußert sich in furchtbaren Wutausbrüchen. Selbst gemäßigtere Blätter fordern die Regierung auf, die standrechtliche Erschießung von Geiseln anzuordnen.

Verschärfter Belagerungszustand.

Aber Buer wurde sofort der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Zwei von außerhalb nach Buer gekommene Zivilpersonen und ein Kriminalbeamter, denen die Bestimmungen des verschärften Belagerungszustandes noch nicht bekannt waren, wurden in der Nacht vom Sonntag zum Montag von einem französischen Soldaten ohne weiteres auf der Straße erschossen.

Ferner wurden der Oberbürgermeister, der Erntassenvorsteher und der Vorsitzende des Vereins der Leute aus dem Bett heraus verhaftet. Der Verein ist von 7 Uhr abends bis 6 Uhr morgens verboten. Das Erscheinen der Zeitungen ist verboten. Sämtliche Feiern, Cafés usw. sind bis auf weiteres geschlossen. Die aus der Kirche kommenden Bürger wurden von Trupps bewaffneter Franzosen auseinandergejagt und mit Kolbenhieben und Reitpeitschen übermäßig geprügelt. Dann wurde die Zeche „Westerholt“ besetzt. Von einem durch die Straßen rasenden französischen Auto wurde ein vierjähriges Kind überfahren und getötet.

Chronik der Gewalttaten.

In Dortmund entstand in einer Wirtschaft zwischen Zivilisten und französischen Soldaten eine Schlägerei, in deren Verlauf die Franzosen aus Revolvern und Gewehren schossen. Man meldet einen Toten, einen Schwerverletzten und vier Verwundete. Ein Polizeikommissar wurde durch einen Freischieß auf der Schulter verletzt.

In Wiesbaden hat der Kommandierende General das Fernsprech- und Telegraphennetz von Wiesbaden bis auf weiteres geschlossen mit der Begründung, daß sich die Beamten geweiigert hätten, gewisse Telegramme der Besatzungsorgane zu befördern oder telephonische Verbindungen mit gewissen Posten des besetzten Gebietes herzustellen.

In Gelsenkirchen versuchten die Franzosen unter Aufgebot von Infanterie, Lanke und Lastkraftwagen in die der Gelsenkirchener Bergwerks-Akt.-Ges. gehörige Eisenhütte einzudringen. Die Besatzung trat in den Proteststreik. An Stelle des abwesenden Direktors wurde dessen Stellvertreter und vier Ingenieure verhaftet.

Preisabbau und Lohnerhöhung.

Erklärungen des Reichskanzlers.

In der Reichskanzlei fanden in den letzten Tagen Besprechungen des Reichskanzlers mit Vertretern sowohl der Industrie als auch der Spitzengewerkschaften über die gegenwärtige Preis- und Lohnlage unter dem Gesichtspunkt der wünschenswerten Befestigung der wirtschaftlichen Verhältnisse statt.

In diesen Besprechungen erklärte der Reichskanzler mit Nachdruck die einmütige Auffassung der Reichsregierung, alles zu tun, was zur Vermeidung neuer Preissteigerungen und zur Herbeiführung der wirtschaftlich möglichen Preisermäßigungen geschehen könne.

Gegenüber der Vermutung, daß die Reichsregierung jeglicher weiteren Lohnerhöhung entgegenwirken wolle, stellte der Reichskanzler fest, daß auch nach Ansicht der Reichsregierung eine Erhöhung der Löhne da gerechtfertigt sei, wo sie zur Anpassung an das allgemeine Lohnniveau und den Preisstand erforderlich ist, während eine allgemeine durchgängige Reduzierung der gesamten Löhne den notwendigen Preisabbau unmöglich mache.

Gründe gegen Scheingründe.

Eine Antwort an Frankreich.

Auf die deutsche Denkschrift vom 15. Februar über die Reichsvidrigkeit der französisch-belgischen Gewalttaten im Einbruchgebiet haben die Franzosen in einer langen Note erwidert, in der sie die deutsche Denkschrift zu entkräften suchen. Wie schlecht ihnen das gelungen ist, geht aus einer neuen deutschen Veröffentlichung hervor, in der die französischen Scheingründe restlos zerpfückt und mit schlagenden Gründen als unzutreffend nachgewiesen werden.

Nach der französischen Botschaftsnote soll die Note der Reparationskommission vom 21. März 1922, die für den Fall von Rückständen bei den deutschen Naturalieferungen ausdrücklich die

Zahlung einer Erfassumme in bar

vor sah, durch den deutschen Antrag auf Gewährung eines Moratoriums ihre Bedeutung verloren haben. Das ist schon deshalb nicht richtig, weil die Reparationskommission über den Antrag im Laufe des Jahres 1922 gar nicht entschieden hat. Tatsächlich hat Deutschland auch seine Leistungen gemäß der Note bis zum Schluß des Jahres 1922 und sogar noch darüber hinaus fortgesetzt. Die Reparationskommission selbst hat, als sie den Beschluß vom 26. Dezember 1922 über die Rückstände bei den Holzlieferungen den alliierten Regierungen mitteilte, diese zugleich auf den Weg der Einforderung der vorgegebenen Erfasszahlung in bar hingewiesen. Hätten die alliierten Regierungen, wie es allein der Rechtslage entspricht, diesen Vorschlag befolgt, so wäre Deutschland durchaus in der Lage und bereit gewesen, den Wert der Rückstände, der sich für Holz und Rohle auf etwa 2½ Millionen Goldmark beläuft, in bar zu bezahlen. — Ebenso unrichtig sind die Angaben über den Gesamtwert der deutschen Reparationsleistungen für die Zeit vor und nach dem 1. Mai 1921. Die Zahl von